

Hamburger Echo

Preis 10 A

Hamburg-Alttonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 232

Dienstag, 27. September 1932

58. Jahrgang

Gewerkschaftsantwort an den Arbeitsminister

Energische Zurückweisung der Drohungen gegen die Arbeiter und die Gewerkschaften - Nicht der Abwehrkampf der Arbeiter, sondern die Papen-Notverordnung gefährdet die Tarifverträge!

Auf die scharfe Abwehr der Arbeiter gegen die Lohnabbaumaßnahmen der Papen-Regierung hat der Arbeitsminister sich beiläufig, oft auf die Seite der Unternehmer zu treten und gegen die Arbeiter und die Gewerkschaften unverhüllte Drohungen ausgesprochen, daß die Regierung aus „der Verletzung der Friedenspflicht“ des Tarifvertrages weitgehende Konsequenzen ziehen könnte. Die freien Gewerkschaften haben gegen diese Erklärungen des Reichsarbeitsministers sofort Stellung genommen und ihm geantwortet, daß sie ganz anderer Auffassung sind. Aus dem Bundesbüro des DGB wird uns dazu geschrieben:

Der Reichsarbeitsminister hat am 24. September in einem Interview Stellung genommen zu den sich aus der Durchführung der letzten Notverordnung ergebenden Streitfragen. Er vertritt die Auffassung, daß ein Streik der Beschäftigten gegen die Durchführung der Lohnkürzungen mit der Friedenspflicht der Tarifverträge kollidiere.

Wir haben in aller Deutlichkeit dargelegt, inwieweit unser Erachten eine völlig klare Rechtslage in diesen Fällen hinsichtlich der Friedenspflicht besteht, so daß Abwehrbewegungen sehr wohl im Rahmen der zur Zeit geltenden Gesetze auch die Unterstützung der Gewerkschaften finden könnten. Diese unsere Auffassung wird geteilt von zahlreichen namhaften deutschen Arbeitern. Wenn der Reichsarbeitsminister eine andere Auffassung vertritt, so steht eben Rechtsauffassung gegen Rechtsauffassung, über die zu entscheiden Aufgabe der Arbeitsgerichtsbarkeit ist. Inwieweit gibt uns das Interview keine Veranlassung zur Stellungnahme.

Anders jedoch, wenn der Reichsarbeitsminister versucht, die Arbeitslosen gegen die in Arbeit stehenden auszuspielen. Er sagt, daß er grundsätzlich nicht geneigt sei, zu glauben, daß eine beträchtliche Zahl von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, gegen eine geringen Lohnkürzung den Arbeitlosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug geduldet haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verweigern wollen.

Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Unterstellung wenden.

Die deutschen Arbeiter haben seit langem gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit, Erwerbslose wieder in die Betriebe zu ziehen, von der deutschen Regierung die generelle und weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Sie forderten die allgemeine 40-Stunden-Woche. Angesichts der in der Regierung und bei den Arbeitgebern obwaltenden Befürchtungen, das deutsche Lohnniveau zu senken, waren sie sich im klaren, daß die von ihnen geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht kompensiert werden würde durch einen Lohnausgleich. Wenn sie trotzdem immer und immer wieder und leider vergeblich von der Regierung energische Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit verlangten, so taten sie damit dem gesamten deutschen Volke

das Beispiel einer großherzigen Klassenloyalität, einer Solidarität in der Arbeit stehenden mit ihren arbeitslosen Genossen, wie sie noch zu keiner Zeit irgendeine Klasse in Deutschland geboten hat.

Wegen sich die Arbeiter wenden, ist, daß namentlich durch die Notverordnung, die mit einem erheblichen Lohnausfall verbundenen Herabsetzung der Arbeitszeit zu gleicher Zeit noch zu einer Senkung des Tariflohnes führen soll. Ihr Arbeitsentgelt soll von zwei Seiten her beschnitten werden. Die Arbeiter müssen überdies, daß diese durch Notverordnung ausgesprochene Lohnkürzung zu einem weiteren Verfall an Kaufkraft und damit zu einer Gefährdung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms, auch des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, führen muß, um so mehr, als dieser Lohnabbau sich keineswegs auf die Betriebe lokalisiert, die durch Wehrverteilung ein Recht auf Lohnabbau herleiten zu können glauben. Die Arbeiter wissen weiter, daß

die Durchführung dieses Teils der Notverordnung den Tarifvertrag auf höchste Gefahr bringt,

weil er künftig seine Funktion, einseitig und klar den Lohnsatz festzusetzen, nicht mehr erfüllt. Es handelt sich also nicht darum, daß die zur Zeit beschäftigten Arbeiter den Arbeitslosen den Arbeitsplatz verweigern, „wegen einer geringen Lohnkürzung“.

Wären alle Bevölkerungskreise zu den Opfern bereit gewesen, die die arbeitende Bevölkerung im Interesse der Gesamtheit bereits gebracht hat, es fände besser um Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

Wenn sie Lohnkürzungen ablehnen, so deshalb, weil sie für sich und damit auch für die Millionen der Arbeitslosen zugleich die Grundlagen ihrer Existenz und des deutschen Arbeitsrechts verteidigen.

Der Vorstand des DGB hat sofort nach der Ankündigung der Notverordnung durch den Reichsfiskus Stellung genommen. Er hat einmütig festgestellt, daß

die Gewerkschaften die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den Tariflohn nach erfolgten Neueinstellungen zu senken, bekämpfen werden.

Unrichtig ist auch die Erklärung des Ministers, daß die gegen einen Lohnabbau gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften mit den von den deutschen Arbeitern in Genf erhobenen Forderungen, „in unlösbarer Widerspruch“ stehen. Die deutschen Gewerkschaften sind zusammen mit den internationalen durchgeführten für eine möglichst schnelle internationale Durchführung der 40-Stunden-Woche. Dem Verwaltungsrat

des Internationalen Arbeitsamtes lag das Verlangen der italienischen Regierung nach Einberufung einer diesbezüglichen Arbeitskonferenz vor. Der Vorschlag ging ausdrücklich von der Erwägung aus, daß zur Überwindung der Wirtschaftskrise nicht nur eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei, sondern daß auch ein Ausgleich der Löhne erfolgen müsse, weil sonst die Kaufkraft der Massen zu sehr geschwächt werde. Die deutsche Regierung will durch ihre Notverordnung zu einer starken Verkürzung der Arbeitszeit drängen. Zu gleicher Zeit will sie aber

und das ist das Entscheidende - diese Verkürzung der Arbeitszeit verbinden mit einer Senkung der Löhne. Die Abwehrbewegung der deutschen Arbeiter gefährdet daher nicht im minde-

Unternehmer wollen weiteren Sozialabbau!

Kündigungsschutz, Betriebsrätegesetz und Schwerbeschädigtengesetz sollen aufgehoben werden

Ein Arbeitgeber-Kundschreiben

Das Unternehmertum wittert Morgenluft. Der Profit fest rückwärts und brutal zum Generalangriff an. Papens „Wirtschaftsankurbelung“ scheint dem kapitalistischen Hyänenmunde die große Chance; all das, was die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer, Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, im mühsamen Kampf mit dem Ausbeutertum an Arbeitschutz und Lohnsicherungen erreicht haben, soll unter dem Schutzmantel der „Staats- und Wirtschaftsreform“ jerschlagen werden.

Angenehm charakteristisch für die hemmungslos unsoziale Gefinnung der Unternehmer ist der nachfolgende Brief des „Groß-Berliner Arbeitgeber-Verbandes des Großhandels“ an seine Mitglieder.

Dies Dokument aus dem Alltag der „Wirtschaftsführer“ zeigt mit zynischer Offenheit, worauf es den Herren in Wahrheit ankommt! Auf die völlige Rechtslosigkeit der Arbeitnehmer, die mit Hilfe des „autoritären Regimes“ zu einem hilflosen Objekt der Unternehmerrückwärts gemacht werden soll! Das Schreiben lautet:

„Groß-Berliner Arbeitgeber-Verband des Großhandels“, Berlin, den 15. September 1932, 1/RS.

An die Herren Mitglieder des Groß-Berliner Arbeitgeberverbandes des Großhandels.

Betr.: Durchführungsbestimmung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit.

Im Nachgang zu unserem letzten Informationsbericht überreichen wir in der Anlage den Wortlaut der Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom

5. 9. 32 vom 14. September 1932, die im Laufe des heutigen Abends erscheinen wird.

Leider ist in dieser Verordnung die Außerkräftsetzung des Kündigungsschutzgesetzes, des Betriebsrätegesetzes und des Schwerbeschädigtengesetzes für die Durchführung der Verordnung noch nicht enthalten. Wir werden unsere diesbezüglichen Bemühungen fortsetzen müssen.

Anderserseits ist eine Klärung der Behandlung der außerordentlichen Gehälter und eine Beseitigung derjenigen Betriebe, die schon veräußert gearbeitet haben, erreicht.

Weitere Forderungen bitten wir uns schnellstens zur Klärung zuzuleiten.

Hochachtungsvoll
Groß-Berliner Arbeitgeber-Verband des Großhandels.
Der Geschäftsführer:
gez.: Dr. Engel.

Ein wahrhaft schändliches Schreiben! Und ein sehr aufschlußreiches dazu. Zeigt es doch mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, wo die Ein- und Dreinbläser der „unparteiischen Staatsführung“ sitzen. Der schöne Satz: „Wir werden unsere diesbezüglichen Bemühungen fortsetzen müssen“, gibt hier die denkbar beste Aufklärung! Kein Kündigungsschutz; weg mit den unangenehmen Betriebsräten, weg mit den sozialen Sicherungen für die Schwerbeschädigten, — das ist das „Dritte Reich“ des Geldjads, dem die Nazis den Weg bereitet haben.

Aber die Herren täuschen sich! So einfach lassen die Arbeiter ihre Rechte nicht rauben! Überall in Stadt und Land formiert sich die Abwehrfront. In direkten Kampf treten in den Betrieben und durch Aufrechterhaltung aller bisher noch Frauen und Gleichgültigen für den Reichstagswahlkampf und den Volksentscheid der SPD, wächst der Widerstand gegen das Papenregime, das das deutsche Volk immer tiefer ins Elend zu führen droht.

Weitere erfolgreiche Abwehrkämpfe

SPD, Berlin, 27. September.

In der Spinnstofffabrik Berlin-Zehlendorf ist der Abwehrkampf der Arbeiter gegen den auf Grund der Notverordnung angebrochenen Lohnabbau erfolgreich beendet worden. Die Firma hat ihre Forderung, die Tariflöhne für die 31. bis 40. Arbeitsstunde um 40 % zu senken, wieder zurückgenommen. Die Arbeit, die bereits eingestellt war, wurde wieder aufgenommen.

Erfolgreich beendet ist auch der Abwehrkampf der Hilfsarbeiter in der Berliner Buchdruckerei Otto Eisner. Auch in diesem Streik handelt es sich um die Abwehr eines Lohnabbaues. Dieser sollte jedoch auf Grund eines verbindlichen Schiedsspruchs vorgenommen werden. Die Firma erklärte sich nunmehr bereit, durch Leistungszulagen den im Spruch vorgesehenen Lohnabbau wieder auszugleichen. Die Streikfrage werden besetzt. Maßregelungen finden nicht statt.

In zwei kleineren Buchdruckereien, wo ein Lohnabbau auf Grund der Notverordnung angekündigt worden ist, haben die Firmen ebenfalls nachgegeben.

Die Belegschaft der braunschweigischen Optischen Fabrik Voigtländer & Sohn Aktiengesellschaft erreichte durch die Ankündigung der Arbeitsniederlegung, daß die Firma auf die Durchführung eines 50-prozentigen Lohnabbaues für die 31. bis 40. Arbeitsstunde verzichtet hat. Der bereits ausgesprochene Streikbeschluss wurde zurückgezogen.

Die Kommunisten waren der Betriebsvertretung und den Gewerkschaften in den Rücken gefallen und hatten eine Zersplitterung der Kampffront verursacht. Sie hatten kein Glück. Die Belegschaft ließ sie glatt abfallen.

sten die auf eine internationale Verständigung gerichteten Arbeiten in Genf. Was sie auf Schwere gefährden könnte, wäre jedoch das Beispiel der deutschen Regierung, die zur Arbeitszeitverkürzung den Lohnabbau fügt.

Wir streiten nicht darum, inwieweit eine Abkehr vom Tarifvertrag, die Stellung der deutschen Gewerkschaften erschütterte. Der kollektive Arbeitsvertrag wird erschüttert durch die Notverordnung.

Nicht nur, daß er seine Funktion, eindeutige Lohnsätze festzulegen, einbüßt, sondern auch, weil die vollkommene Verhinderung des Konkurrenzverhältnisses der Betriebe zueinander bei den Unternehmern die Tendenz auslösen wird, vom Tarifvertrag loszukommen, und sei es durch Austritt aus den Arbeitgeberorganisationen, die Träger des Tarifvertrages sind. Verbindlichkeits-Erklärungen sollen nicht mehr ausgesprochen werden selbst in Fällen, wo es die soziale Lage einer ganzen Arbeitergruppe im sozialen Interesse notwendig machen würde.

Wie die Allgemeinerbindlichkeitsklärung zur Zeit gehandhabt wird, zeigt eine der jüngsten Entscheidungen des Reichsarbeitsministers, die die Allgemeinerbindlichkeitsklärung eines Lohnvertrages in der Landwirtschaft ablehnt, da „der Wochenlohn von 10,20 Mark in der Spähe für den männlichen Arbeitnehmer bei voller Kost und Wohnung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu hoch erscheint“.

Gecht an dieser Einstellung des Reichsarbeitsministeriums in vielen Fällen die tarifvertragliche Regelung zugrunde, so werden damit keineswegs die Gewerkschaften „erschüttert“.

Das größte Uebel

Von
Georg Decker

Als die Sozialdemokratie sich gezwungen sah, die Regierung Brüning zu tolerieren, um durch die Unterfütterung eines geringeren Uebels das größere Uebel zu verhüten, war diese Politik des geringeren Uebels deshalb so schwierig vor den Massen zu vertreten, weil nur das geringere und nicht das größere Uebel erlebt wurde. Millionen wollten nicht mehr glauben, daß sie noch etwas zu verlieren haben, sie schenkten vielmehr ihren Glauben denjenigen, die ihnen nach der völligen Beseitigung der Demokratie, nach dem Sturz des „Systems“ den Anbruch des glücklichen Zeitalters versprachen. Zwei Parteien, die die Sozialdemokratie als ihren Hauptfeind bekämpften, die Nazis und die Kommunisten, haben endlich ihr Ziel erreicht: Das verhasste „System“ ist gestürzt worden. Und nun ist das größere Uebel da, das die Sozialdemokratie mit großen Opfern zu verhüten versuchte. Jetzt ist es möglich geworden, das frühere geringere Uebel mit dem heutigen größeren Uebel zu vergleichen, und namentlich für einen Proletarier, dürfte es nicht schwer fallen, das Maß der eingetretenen Verschlechterung richtig zu ermessen. Und wenn jetzt die Nazis das „System Papen“ als das schlimmste, was es überhaupt geben kann, darstellen, und gegen Papen mit den „Systemparteien“ von gestern zu koalieren bereit sind, so dürfen wir ihnen entgegenhalten: ohne Hitler kein Papen. Mit gleichem Nachdruck müssen wir aber den Kommunisten gegenüber feststellen: ohne Thälmann kein Papen im Reich und kein Bracht in Preußen.

Nun geschieht das Sonderbare: Die „Sieger“ wollen uns Sozialdemokraten für ihren „Sieg“ verantwortlich machen! Wie seien schuld daran, daß sie ihre Kampfziele erreicht haben. Wir wären die Verbrecher, weil wir die Regierung Brüning tolerierten, und jetzt seien wir noch schlimmere Verbrecher, weil Papen viel schlimmer als Brüning ist! Mit den Nazis zusammen wollten die Kommunisten das „System Braun-Covering“ in Preußen durch den Volksentscheid beseitigen. Das ist ihnen zwar nicht durch den Volksentscheid im August 1932, sondern durch die Preußenwahlen am 24. April 1932 gelungen. Die Folge vom 24. April war der 20. Juli, an dem das „System Braun-Covering“ beseitigt wurde. Jetzt sollen wir schon die aller schlimmsten Verbrecher sein, weil wir diesen Sieg der Nazis und der Kommunisten nicht verhindert hätten! Wären aber die kommunistischen Arbeiter mit uns in einer Front gestanden, so wäre es nicht nur möglich gewesen, das jetzt eingetretene größere Uebel zu verhüten, sondern auch darüber hinaus die Macht der geschlossenen proletarischen Front auf ganz andere Weise und in einem unvergleichbar stärkeren Maße im Interesse der Arbeiterklasse einzufügen.

Das größte Uebel ist die Uneinigkeit der deutschen Arbeiterklasse. In dieser Uneinigkeit scheiterte letzten Endes auch die deutsche Demokratie. Wir erkennen die Schwächen, die der deutschen Demokratie von ihrer Geburtsstunde an anhafteten, sie waren aber nicht zu beseitigen, solange die Arbeiterklasse gespalten blieb. Was aber die Demokratie für das Proletariat bedeutet, das müssen jetzt auch diejenigen kennen lernen, die auf den Bestand der Demokratie keinen Wert legten, ja, selbst zur Beseitigung der Demokratie mitgeholfen haben. Leider schien Matteotti recht gehabt zu haben, als er kurz vor seiner Ermordung gerufen hatte: „Die Freiheit ist wie

Zunehmende Streikbewegung in schlesischer Textilindustrie

SPD, Breslau, 26. September.

Die Streikbewegung in der Langenbiefener Textilindustrie greift weiter um sich. In den Fabriken Rengersdorf, Wüstegiersdorf und Tannhaußen haben am Montag die Belegschaften aus Protest gegen die Lohnabbauforderungen der Werkleitungen die Arbeit niedergelegt. Damit erhöht sich die Zahl der Streikenden um rund 1000 Mann. In eine Wiederaufnahme der Arbeit in den Fabriken des Meyer-Kaufmann-Konzerns, dessen Betriebe nach dem Lebergreifen des Streiks auf die genannten Werke jetzt ausnahmslos stilliegen, ist angefangen des öffentlichen Tarifrechts der Firma nicht zu denken.

Arbeitsniederlegungen in Remscheid und Gladbach-Abend

Remscheid, 26. September. Bei der A. von der Nahmer A.G., Abteilung Alexander-Weel, Remscheid, hat heute mittags 12 Uhr die gesamte Belegschaft in Stärke von rund 1000 Mann die Arbeit niedergelegt.

In Gladbach-Abend sind die Belegschaften zweier Webereien — etwa 200 Mann — heute früh aus gleichen Gründen in den Ausstand getreten.

Speck und Schmalz wird verteuert

Schmalz teurer als Butter / Zwei- oder Dreizehner-Schweine? Alles auf Kosten der Volksernährung

Die Reichsregierung will auch die Einfuhr von Speck und Schmalz kontingentieren. Sie bildet sich ein, dadurch der Landwirtschaft zu helfen.

Nun wird auch diese Kontingentierung dahin führen, daß der deutsche Warexport geschädigt wird. Mit der Arbeitsstelle verlieren aber viele Menschen in Deutschland die bisherige Kaufkraft. Sie können der Landwirtschaft nicht wie bisher ihre Produkte abtaufen bzw. sie können nicht mehr dieselben Preise anlegen wie früher. So dient man in Deutschland mit der Kontingentierung der Landwirtschaft, aber auch sonst ist die Kontingentierung von Speck und Schmalz ein toller Schindluderstreich.

Deutschland hat bisher 83000 Tonnen Schmalz und 15000 Tonnen Speck eingeführt. Wird nun die zukünftige Einfuhr, wie man das vorhat, auf 60 % festgesetzt, so müssen

50000 Tonnen Speck im Lande mehr erzeugt werden. Die Landwirtschaft steht vor der Notwendigkeit, das deutsche Schwein auf ein Gewicht von drei Zentnern zu müssen anfangen wie bisher auf zwei Zentner. Das geht aber nicht ohne weiteres. Rüchert man drei Zentner schwere Tiere, dann erzeugt man nicht nur Speck, sondern auch fetteres Fleisch. Schweine mit fettem Speck und magerem Fleisch hat nämlich der liebe Gott in seiner Schöpfung nicht vorgesehen. Nun ist aber fettes Schweinefleisch bei den Verbrauchern wenig beliebt; es erzielt weit niedrigere Preise als mageres Fleisch.

Was also die deutsche Landwirtschaft durch den Mehrverkauf an Speck mehr einnimmt, geht durch den niedrigeren Preis für fettes Fleisch verloren.

Außerdem muß man sich die ganze Sache einmal finanziell überlegen. Bei einem Zentnerschwein kostet die Erzeugung von 1 kg Fleisch ungefähr 88 A. Erzeugt man aber drei Zentner schwere Schweine, dann steigt sich der Futterpreis auf 140 A pro kg. Da das Fleisch eines Dreizehnerschweins keinesfalls zu höheren Preisen verwertet ist als das Fleisch eines Zweizehnerschweins wird die Schmalzreaktion bei der zünftigen Mästung auf drei Zentner besonders hart befallen. Die Produktion von 1 kg Schmalz erfordert so einen Futteraufwand von 2,55 A, wobei die erhöhten Faltungs- und Verkaufskosten unberücksichtigt bleiben.

Der Schmalzpreis würde sich also bei der Erzeugung der bisherigen Einfuhr der Inlandsproduktion höher stellen als der Butterpreis, denn Butter kostet ja im Großhandel 210 A pro kg.

Angesichts der Kaufkraftlage muß eine solche Produktionspolitik zu einer bedenklichen Abfahrschlumpfung führen, wobei die Regierung nicht etwa glauben darf, der Butterverbrauch würde wachsen. Das einzige Ergebnis wäre die weitere Einschränkung des Fettverbrauchs der Massen, also Verschlechterung der Volksernährung ohne Nutzen für die Landwirtschaft.